erforderlich werdenden Beschränkungen der Freiheit, des Eigentums, der Unverletzlichkeit der Wohnung und anderer Räumlichkeiten sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses und ihre Notwendigkeit für die Durchführung des Strafverfahrens jederzeit zu prüfen (§ 3 StPO). In Verwirklichung seiner Gesetzlichkeitsaufsicht hat der Staatsanwalt zu gewährleisten, daß die Würde des Bürgers im Ermittlungsverfahren gewahrt und kein Bürger unbegründet beschuldigt oder in seinen Rechten ungesetzlich eingeschränkt wird (§17 StAG; § 87 StPO).

Kein Bürger darf unbegründet einer Straftat beschuldigt oder —, außer unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen — in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden (§ 6 StPO). In der Verfassung und in anderen Gesetzen werden Einschränkungen der Rechte des Bürgers im Rahmen eines Strafverfahrens nur insoweit als zulässig erklärt, wie sie streng begrenzt, gesetzlich begründet und unumgänglich sind (Art. 30, 99—102 Verfassung; Art. 4 StGB; §8 GVG; §§17, 18 StAG, §§ 3, 5-7, 87, 123, 128 ff. StPO).

So hat der Staatsanwalt zu gewährleisten, daß nach der Anordnung der Untersuchungshaft (sofern dadurch die Ermittlungen nicht gefährdet werden) eine Benachrichtigung der Angehörigen und anderer Personen erfolgt, sowie eine Sprecheraubnis erteilt wird, daß bei der Verhaftung von Beschuldigten, die für minderjährige oder pflegebedürftige Personen zu sorgen haben, die weitere Fürsorge von anderen Personen, Kollektiven oder Einrichtungen übernommen wird, daß schließlich die zum Schutz des Vermögens und der Wohnung des Verhafteten erforderliche Maßnahmen ergriffen werden.

Auch die menschliche Würde des durch die Straftat materiell oder moralisch Geschädigten und der Zeugen ist im Strafverfahren, z. B. bei ihrer Vernehmung in der gerichtlichen Hauptverhandlung, strikt zu wahren.

Von unmittelbarer Bedeutung sind diese Verpflichtungen der Organe der Strafrechtspflege auch für die Durchsuchung und Beschlagnahme bei unbeteiligten Personen (§ 108 Abs. 3 StPO) usw.

Diese gesetzlichen Vorschriften bilden Rechtsgarantien für die Gewährleistung der Würde des Menschen im Strafverfahren. Sie zeigen wiederum die enge Verbindung zum Prinzip der Gesetzlichkeit. Aber Wahrung der Menschenwürde ist mit dem Prinzip der Gesetzlichkeit nicht identisch. Hier geht es um die Verwirklichung sozialistischer Leitungsprinzipien, die die Stellung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft berühren und zutiefst von den Grundsätzen des realen Humanismus und der sozialistischen Gerechtigkeit durchdrungen sind. Sie enthalten die Verpflichtung der Rechtspflegeorgane, die Untersuchungen und Verhandlungen unvoreingenommen, feinfühlig und taktvoll zu führen und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz zu gewährleisten (§ 8 GVG; Art. 5 StGB; § 5 StPO).

Aus den eingangs genannten Grundthesen wird deutlich, warum die Achtung der Menschenwürde in der sozialistischen Gesellschaft keine Ausnahme kennt. Es wird ausdrücklich auch die Menschenwürde der Bürger gewahrt, die einer Straftat verdächtig sind oder für schuldig befunden wurden. Die Achtung der Menschenwürde dieser Personen ist für die Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Gerichte, für die Staatsanwaltschaften und Untersuchungsorgane sowie für den Strafvollzug unverbrüchliches Gebot (Art. 4 StGB; §§ 3, 5—7 StPO; § 3 SVWG). Die